

Kleine Anfrage 859

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Finanzierungskosten Gesamtschule Dabendorf

Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen der Stadt Zossen und dem Landkreis Teltow-Fläming bezüglich der Finanzierung der Gesamtschule Dabendorf für bis zu 1.000 Schülerrinnen und Schüler ist jetzt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. Die Zossener Wohnungsbaugesellschaft soll nunmehr die Schule bauen, und die Stadt mietet dann die Schule von der eigenen Gesellschaft. Die Stadt würde der Zossener Wohnungsbaugesellschaft das Grundstück für den Schulneubau im Rahmen eines 99-jährigen Erbbaurechts übertragen. Die Zossener Wohnungsbaugesellschaft sollte dann einen Kredit aufnehmen, dessen Höhe noch nicht feststeht, und baut dann die Schule nach den vorhandenen Plänen. Nach der Fertigstellung zahlt die Stadt Zossen 20 Jahre lang eine ortsübliche Gewerbemiete an die Zossener Wohnungsbaugesellschaft.

Im Rahmen des Schullastenausgleichs ist es im Landkreis Teltow-Fläming so geregelt, dass Kommunen die Schulträger sind. Für Schulen, für die auch der Landkreis Schulträger hätte sein können, aber die Übernahme der Schulträgerschaft seinerzeit entsprechend dem Schulgesetz abgelehnt hat, die Investitionskosten für Schulen übernehmen muss. Nunmehr stellt sich die Frage, ob im Rahmen dieses Konstruktes der Landkreis Teltow-Fläming Kosten für den Schulneubau in Zossen im Rahmen des Schullastenausgleichs zu tragen hat oder nicht?

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

Müsste der Landkreis Teltow-Fläming im Rahmen des Schullastenausgleichs der Stadt Zossen die Kosten für die Anmietung der neuen Gesamtschule von der Zossener Wohnungsbaugesellschaft zahlen oder ist im Rahmen dieses Konstrukts der Landkreis Teltow-Fläming aus dem Schullastenausgleich und der Kostenübernahmepflicht für Investitionskosten befreit?